

Anlage – Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit / Tariftreue und Mindestlohngesetz / Antikorruption

Erläuterungen:

*Diese Anlage ist ausgefüllt abzugeben von **Bewerbern** (Trainer oder Unternehmen). Im Weiteren werden zwecks besserer Lesbarkeit alle genannten Formen unter dem Begriff „**Erklärender**“ zusammengefasst.*

In den blau-markierten Passagen sind Eintragungen zwingend durch den Erklärenden vorzunehmen.

In den gelb markierten Passagen sind Eintragungen nur durch den Erklärenden vorzunehmen, sofern diese auch zutreffend sind.

Name des Erklärenden:

1. Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

a. Zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB

Die **zwingenden** Ausschlussgründe sind nach § 123 GWB folgendermaßen definiert:

Öffentliche Auftragnehmer schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen gemäß § 123 Abs. 3 GWB zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen

1. § 129 des Strafgesetzbuches (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuches (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b des Strafgesetzbuches (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuches (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),

¹ Ein sonstiges Unternehmen kann ein Unternehmen sein, auf das sich der Erklärende für die Darlegung der Eignung beruft.

4. § 263 des Strafgesetzbuches (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuches (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuches (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuches (Ausländisch und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne der gerade genannten Vorschriften stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen - vorbehaltlich der in §§ 123 Abs. 4 Satz 2, 123 Abs. 5 und 125 GWB geregelten Ausnahmen - zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn

1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder

die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können.

b. Fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB

Die **fakultativen** Ausschlussgründe sind nach § 124 GWB folgendermaßen definiert:

Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
9. das Unternehmen
 - a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Die Ausschlussmöglichkeiten nach § 21 des Gesetzes über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz - AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG) und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes bleiben unberührt.

Erklärung:

(zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ Der Erklärende bestätigt, dass seitens des Unternehmens oder der im Unternehmen verantwortlich handelnden Personen keine schweren Verfehlungen nach § 123 GWB vorliegen bzw. keine Verfehlungen nach § 124 GWB vorliegen, die einen Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren rechtfertigen. Der Erklärende versichert, dass keine Eintragungen im Wettbewerbsregister gemäß § 2 WRegG vorliegen.

☐ Der Erklärende gibt an, dass folgende Verfehlungen nach § 123 GWB bzw. § 124 GWB vorliegen:

Folgende Nachweise zur Selbstreinigung gemäß § 125 GWB werden mit der Bewerbung/Angebot eingereicht.

Konsequenzen:

Verstoß nach § 123 GWB:

Bei Vorliegen eines Verstoßes ist ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme am Vergabeverfahren auszuschließen. Das Vorliegen eines Verstoßes nach der Erteilung des Zuschlags berechtigt zu einer fristlosen Kündigung des laufenden Vertrages aus wichtigem Grund.

Verstoß nach § 124 GWB:

Der Öffentliche Auftraggeber kann ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme am Vergabeverfahren ausschließen. Das Vorliegen eines Verstoßes nach der Erteilung des Zuschlags können zu einer fristlosen Kündigung des laufenden Vertrages aus wichtigem Grund führen.

Sofern ein Ausschlussgrund nach § 123 oder § 124 GWB vorliegt, wird ein Unternehmen nicht von der Teilnahme an dem Vergabeverfahren ausgeschlossen, wenn das Unternehmen Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB nachgewiesen hat. Sofern der Öffentliche Auftraggeber die Selbstreinigungsmaßnahmen des Unternehmens als unzureichend betrachtet, ist das Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.

Informationen zur Abfrage Wettbewerbsregister

Der öffentliche Auftraggeber wird für den Erklärenden, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister beim Bundeskartellamt anfordern. Dies gilt auch für Mitglieder der Bietergemeinschaft bzw. Dritte, auf den sich der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft für die Darlegung der Eignung beruft. Teilen Sie die hierfür erforderlichen Daten mit:

- **Rechtsform** _____
- **Registerart:** _____
Amtliche Kurzbezeichnung des öffentlichen Registers
(Handelsregister, Genossenschaftsregister, Vereinsregister),
in dem die juristische Person oder die Personenvereinigung
eingetragen ist.)
- **Registernummer:** _____
- **Registergericht:** _____

Sollte das Angebot des Erklärenden in die engere Wahl für den Zuschlag kommen, wird dieser für die Abfrage beim Wettbewerbsregister die personenbezogenen Daten (Geburtsname, Familienname, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit) der verantwortlich handelnden Person unverzüglich nach Aufforderung der Vergabestelle mitteilen.

2. Erklärung zur Tariftreue und zum Mindestlohngesetz (MiLoG)**a. Erklärung Tariftreue:**

☐ Der Erklärende bestätigt, seinen Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung mindestens diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts zu gewähren, die dem jeweils geltenden Tarifvertrag entsprechen. Der Erklärende nimmt zur Kenntnis, dass bei Vorliegen von Anhaltspunkten dafür, dass gegen diese Verpflichtungen verstoßen wird, auf Anforderung dem öffentlichen Auftraggeber deren Einhaltung durch Vorlage von z. B. anonymisierte Aufzeichnungen über geleistete Stunden und Entgelte, Lohnlisten, Bestätigung des Steuerberaters, Wirtschaftsprüfers oder Lohnbüros nachzuweisen ist.

b. Erklärung Mindestlohngesetzes (MiLoG)

(zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ Der Erklärende bestätigt, in seinem Unternehmen den Mindestlohn nach § 20 MiLoG zu zahlen und alle weiteren Verpflichtungen (z. B. Aufzeichnungs- und Zusammenarbeitspflichten) nach dem MiLoG einzuhalten. Der Erklärende bestätigt, dass sein Unternehmen nicht von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen ist (§ 19 Abs. 1 MiLoG) und dass kein Verfahren nach § 21 MiLoG i. V. m. dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten anhängig ist.

☐ Der Erklärende gibt an, dass die Ausschlussvoraussetzungen gem. § 19 Abs. 1 MiLoG vorliegen.

Konsequenzen:

Sofern Ausschlussvoraussetzungen gem. § 19 Abs. 1 MiLoG vorliegen, kann das Unternehmen von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag ausgeschlossen werden.

Das Vorliegen eines Verstoßes kann zu einer fristlosen Kündigung des laufenden Vertrages aus wichtigem Grund führen.

c. Einhaltung der Tariftreue bei Leiharbeit nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG)

Das AÜG regelt die Überlassung von Arbeitnehmern durch Verleiher an Entleiher (Leiharbeit). In § 8 AÜG ist die Gleichstellung (Equal Treatment) und die Einhaltung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für gleiche oder gleichwertige Arbeit (Equal Pay) verankert. Sofern ein von den Tarifparteien festgesetzter Branchenzuschlagstarifvertrag Anwendung findet, sind die dort vorgesehenen Regelungen zu beachten.

Erklärung:

(nur auszufüllen, falls zutreffend)

☐ Der Erklärende verpflichtet sich, im Falle des Einsatzes von Leiharbeitnehmern sicherzustellen, dass die Vorschriften des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) eingehalten werden. Dies umfasst insbesondere die in § 8 AÜG vorgesehenen Verpflichtungen. Sofern ein von den Tarifparteien festgesetzter Branchenzuschlagstarifvertrag Anwendung findet, werden die dort vorgesehenen Regelungen beachtet. Der Erklärende nimmt zur Kenntnis, dass bei Vorliegen von Anhaltspunkten dafür, dass gegen diese Verpflichtungen verstoßen wird, auf Anforderung dem öffentlichen Auftraggeber deren Einhaltung durch Vorlage von z. B. anonymisierte Aufzeichnungen über geleistete Stunden und Entgelte, Lohnlisten, Bestätigung des Steuerberaters, Wirtschaftsprüfers oder Lohnbüros nachzuweisen ist.

Konsequenzen:

Sofern ein Unternehmen Leiharbeitnehmer beschäftigt und sich nicht an die Regelungen des AÜG hält, kann dieses vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.

Das Vorliegen eines Verstoßes kann zu einer fristlosen Kündigung des laufenden Vertrages aus wichtigem Grund führen.

d. Erklärung zur Einhaltung der Tariftreue und weiteren Verpflichtungen nach den Bestimmungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG)

Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz regelt die Bedingungen für Arbeitnehmer, die von ihrem im Ausland ansässigen Arbeitgeber vorübergehend nach Deutschland entsendet werden, um hier eine Dienstleistung zu erbringen. Das AEntG schreibt für die dort aufgeführten Branchen zwingende Mindestarbeitsbedingungen für entsandte Arbeitnehmer aus dem Ausland vor. Hierunter fallen zum Beispiel der Gleichbehandlungsgrundsatz von entsandten und in Deutschland beschäftigten Arbeitnehmern, diese sind gleichzustellen in Bezug auf wesentliche Arbeitsbedingungen wie Mindestlohn, Urlaubsansprüche und Regelungen zur Arbeitszeit, vgl. §§ 5, 8 AEntG. Nach § 18 AEntG sind bestimmte Meldepflichten einzuhalten.

Erklärung:

(nur auszufüllen, falls zutreffend)

☐ Der Erklärende verpflichtet sich, bei der Ausführung des Auftrages alle zwingenden Arbeitsbedingungen einzuhalten, die durch das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in seiner jeweils gültigen Fassung für die betreffende Branche und Leistung verbindlich vorgegeben sind. Dies gilt insbesondere für die Einhaltung der nach § 7 AEntG erlassenen Rechtsverordnungen und der allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge nach § 4 AEntG. Der Erklärende bestätigt, dass in den letzten zwei Jahren gegen sein Unternehmen keine rechtskräftige Bußgeldentscheidung wegen einer schwerwiegenden Ordnungswidrigkeit nach § 23 AEntG in Höhe von mindestens 2.500 Euro ergangen ist. Er Versichert, dass ihm keine noch nicht geahndeten schwerwiegenden Verfehlungen im Sinne des § 21 Abs. 1 S. 1 AEntG bekannt sind.

Konsequenzen:

Sofern sich ein Unternehmen nicht an die Einhaltung der nach dem AEntG aufgestellten Verpflichtungen hält, kann dies zum Ausschluss des weiteren Vergabeverfahrens führen. Das Vorliegen eines Verstoßes kann zur außerordentlichen Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund führen.

3. Erklärung zur Antikorrruption**Erklärung:**

☐ Die nachstehenden Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen und von dem Erklärenden als verbindlich anerkannt.

1. Die Erklärenden verpflichten sich jeglicher Form von Korruption entgegenzuwirken. Insbesondere darf der Erklärende oder seine Beauftragten Mitarbeitende der BAHN-BKK weder unmittelbar noch mittelbar Vorteile im Sinne der §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuches anbieten, versprechen oder gewähren.
2. Handelt der Erklärende im Rahmen der bevorstehenden Auftragserteilung der Verpflichtung nach Ziffer 1 zuwider oder war er an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache im Sinne des § 298 StGB gegenüber der BAHN-BKK beteiligt, steht der BAHN-BKK ein besonderes Rücktritts- beziehungsweise Kündigungsrecht zu. Außerdem behält sich die BAHN-BKK vor, den Erklärenden bei entsprechenden Verstößen von zukünftigen Vergaben für eine bestimmte Zeit auszuschließen.
3. Handelt der Auftragnehmer der Verpflichtung nach Ziffer 1 zuwider oder ist ein Vertrag nach vorherigen wettbewerbsbeschränkenden Absprachen zustande gekommen, hat er der BAHN-BKK eine Vertragsstrafe in Höhe von 10 von Hundert des (nach Zuwiderhandlung) vereinbarten Vertragspreises zu zahlen. Kommt es nach einer Zuwiderhandlung zu weiteren Aufträgen oder zu Unteraufträgen, sind bei der Berechnung der Vertragsstrafe auch alle weiteren Aufträge und Unteraufträge innerhalb von fünf Jahren einzurechnen.
4. Bei der Berechnung der Vertragsstrafe bleiben Aufträge außer Betracht, bei denen der Auftragnehmer nachweist, dass die Zuwiderhandlung nach allgemeiner Lebenserfahrung nicht geeignet war, den Auftrag oder die Aufträge unmittelbar oder mittelbar zu beeinflussen. In diesem Zusammenhang hat die BAHN-BKK dem Auftragnehmer auf Verlangen alle zur Beweisführung erforderlichen Unterlagen und Informationen aus ihrem

Verantwortungsbereich zur Verfügung zu stellen, sowie solche, die nach bekannt werden der Zuwiderhandlung erteilt werden.

5. Die Geltendmachung von Schadensersatzforderungen bleibt hiervon unberührt.
6. Bei der Vergabe von Unteraufträgen – sofern diese zulässig sind - verpflichtet sich der Auftragnehmer, mit dem Unterauftragnehmer die in den Ziffern 1 bis 5 enthaltenen Regelungen mit der Maßgabe zu vereinbaren, dass die BAHN-BKK Begünstigte des Vertragsstrafenversprechens ist.